

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

229 (2.10.1909) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
 Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: B. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Heuiletten u. Unterh. Weil: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Wirkungen der Tabaksteuer.

Der „Volk der Ritter und der Heiligen“ hat mit seinem mahnwürdigen Beschlusse des 40 Prozent-Tabakwertzollens ein Unheil angerichtet, das jetzt von Woche zu Woche immer erschreckender zutage tritt.

Wenn in der ersten Woche nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in vielen Betrieben noch voll gearbeitet wurde, um die Lager wieder zu füllen, muß jetzt in allen Fabriken die Produktion erheblich eingeschränkt werden. In den meisten Betrieben ist eine Absatzverminderung von 50 Prozent eingetreten. Obgleich eine genaue Statistik noch fehlt, läßt sich aus den von den Industriebezirken eingehenden Nachrichten mit Bestimmtheit schließen, daß die Zahl der direkt Arbeitslosen jetzt schon überschritten hat. In vielen Fabriken wird mit stark verkürzter Arbeitszeit und „auf Penjum“ gearbeitet. Die Not der Tabakarbeiter wächst von Tag zu Tag und damit die Empörung gegen den Schnapsblock.

Vier Millionen hat dieser allerdings als Entschädigung für die infolge des Gesetzes arbeitslos werdenden Tabakarbeiter bewilligt, aber die Bestimmungen über die Auszahlung von Unterstützungen im wesentlichen dem Bundesrat überlassen. Dieser, der dem ludermäßig vom Schnapsblock zusammengeschusterten Gesetz keine Zustimmung gab, überließ selbstverständlich in der richtigen Erkenntnis, daß er von den industriellen Verhältnissen doch auch kein Verständnis besitzt, die ganze Regelung der Verwaltungsorganisationen. Und nun waltet der heilige Bureaufratius seines Amtes, am schlimmsten in Preußen und in Sachsen.

Nach einer Mitteilung der Dresdener Handelskammer betrug der Lohnausfall in den sächsischen Zigarrenfabriken vom 15. bis 30. August schon 85 000 Mk., aber eine Unterstützung aus dem Biermillionenfonds haben die arbeitslosen Tabakarbeiter bis jetzt noch nicht erhalten. Die hiesigen sächsischen Beamten erstrecken ihre Ermittlungen nämlich auf alle Dinge, auch auf solche, die sie gar nichts angehen. In Dresden wurde u. a. ein Tabakarbeiter, der schon dreißig Jahre verheiratet ist, befragt, ob er seine Wohnungseinrichtung schon bezahlt, ob er Schulden habe, ein anderer Verheirateter, ob er Alimente zu zahlen habe, wieder ein anderer, ob er ein Sparkassenbuch besitzt ufm.

Natürlich werden die vom Bundesrat erlassenen äußerst unklaren Ausführungsbestimmungen von den Zollbehörden ganz verschieden ausgelegt, aber bei allen waltet die Tendenz ob, so wenig wie nur irgend möglich zu zahlen. Arbeiter, die in Zigarrenfabriken Zigarrenrollen befehlen, sind nach der Entscheidung des Hauptzollamtes keine Tabakarbeiter; sie erhalten keine Unterstützung. Ausländer, denen man anfänglich anstandslos in Altona Unterstützung gewährt hat, erhalten jetzt nichts mehr, selbst dann nicht, wenn sie schon 10 bis 20 Jahre ununterbrochen in Deutschland im Tabakgewerbe arbeiten. Ist ein Arbeiter vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1909 krank, arbeitslos oder beim Militär gewesen, so berechnet die Behörde seinen Verdienst nur für die Zeit, in der er gearbeitet hat, teilt diese Summe durch 52 Wochen und zahlt ihm hiervon 1/4.

So erhalten die schwächlichen Personen, die Kranken, die Krüppel, vielfach nur den vierten Teil von dem, was ihre körperlich gesünderen Kollegen erhalten, eine Härte, wie sie grausamer gar nicht gedacht werden kann. Ist der Unterstützungsanspruch eines Tabakarbeiters anerkannt und erhält er zeitweilig wieder Arbeit, so wird ihm in Bremen die Summe, die er während dieser Zeit über den festgestellten Unterstützungsanspruch hinaus verdient, in der nächsten Woche, in der er als Arbeitsloser auf Unterstützung wieder Anspruch macht, ohne weiteres wieder abgezogen. Durch diese Methode wird bald die Mehrzahl der Tabakarbeiter dauernd 1/4, die Kranken und Krüppel — je nach der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit — bis zu 1/4 von ihrem bisherigen Verdienst einbüßen müssen.

Auch zieht man in einigen Orten Deutschlands Tabakarbeiter zu Arbeiten in anderen Berufen heran, die zu ihrer Konstitution in freierem Widerspruch stehen; das Amt Ennigloh bei Bünde in Westfalen versuchte sogar die arbeitslosen Tabakarbeiter zu verpflichten, Streifarbeit anzunehmen bei einem Bremer Zigarrenfabrikanten, der die jegliche Notlage der Arbeiter zu erheblichen Lohnreduktionen ausnutzte.

Aus allen Distrikten Westfalens vernehmen wir den Notschrei der Tabakarbeiter; dieselben entsetzlichen Klagen

kommen aus Baden und aus den übrigen Industriegebieten, und dabei ist doch alles erst der Anfang. Alle Industriellen sind sich darüber einig, wenn die Weibnachtsarbeit fertig ist, wenn erst die vollen Wirkungen des Gesetzes zutage treten, wird der Rückgang des Konsums noch weit größer sein. Höchstenfalls bis zu Weihnachten — erklären die Zollbehörden — wird der Biermillionenfonds reichen. Was dann? Selbst wenn der Reichstag mehr bewilligt, wird der Bundesrat dem zustimmen? Die jegliche rigorose Handhabung der Unterstützungsbestimmungen läßt nicht darauf schließen. Was Not, was Elend der Tabakarbeiter — „das Reich braucht Geld!“

Das Tabakwertzoll-Unheilgesetz ist das Resultat des verbrecherischen Leichtsinns des Schnapsblocks — kein Wunder, daß dieser jetzt angesichts der schlimmen Wirkungen des Gesetzes die Verantwortung dafür auf sich abwälzen sucht. Dieselben Herren, die das ruindöse Gesetz für die Zigarrenindustrie beschlossen haben, heken jetzt in geradezu unverantwortlicher Weise gegen dasselbe, indem sie in der agrarischen und in der Zentrumspresse dem Publikum einzureden versuchen, die Fabrikanten und die Händler veruchen neben der Steuer noch einen Extraertrag für sich herauszuschlagen. Die Wirkung dieser Geheerren ist die, daß die Käufer zu einem großen Teile passive Resistenz gegen die erhöhten Preise üben, und dadurch abermals der Konsumrückgang gesteigert, die Not der Arbeiter im Tabakgewerbe vermehrt wird.

Zentrum und Agrarier behaupten, bei den Zigarren sei die gleiche übermäßige Preissteigerung vorgekommen worden wie beim Schnaps und beim Bier. Sie verschweigen, daß aus vielen Gründen eine Ueberbeteiligung der Konsumenten bei Zigarren ausgeschlossen ist.

Der Tabak- und Zigarrenindustrie sind keine Liebesgaben bewilligt, eine Kontingentierung besteht nicht, die Konkurrenz ist nicht wie beim Bier ausgeschlossen worden, indem man für neu errichtete Betriebe eine Steuererhöhung von 50 Prozent gesetzlich festgelegt hat. In der Braun- und Brauntweinindustrie handelt es sich in der Hauptsache um Großbetriebe, die durch Kartellierung ihren Abnehmern die Preise diktieren können. Nach der letzten Berufs- und Gewerbezahlung gibt es in der Tabakfabrikation 25 470 im Handel mit Tabak und Zigarren 22 612 Hauptbetriebe; die große Zahl der Nebenbetriebe und der Ladeninhaber ist hierbei nicht mitgerechnet. Eine Kartellierung von zirka 50 000 Betriebsinhabern liegt nicht im Bereiche der Möglichkeit; bei einer so enormen Zahl sorgt schon die freie Konkurrenz dafür, daß künstliche Preistreiberien sich an ihren Urhebern bald selbst rächen werden. Die Preissteigerungen für Tabak sind deshalb, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, allgemein nur solche, wie sie durch die Verhältnisse geboten werden.

Sonderbarerweise verlangen nun aber die Herren vom schwarz-blauen Vlod, daß trotz des naturgemäß eintretenden Konsumrückgangs Fabrikanten und Händler ihren bisherigen prozentuellen Nutzen einschränken sollen, daß beim Detailverkauf die Zigarren nicht um den Bruchteil eines Pfennigs mehr gesteigert werden dürfen, als der Steuerbetrag ausmacht. Nur komplette Narren können so rechnen. Durch die Verdoppelung des Zolles sind selbstverständlich die Unkosten der Fabrikanten enorm gestiegen, für die Händler werden diese prozentuell doch nicht geringer. Will der Händler in Zukunft seinen minderbemittelten 5 Pfg.-Zigarrenrauchern nicht einen iheuchlich stinkenden Glimmstengel verkaufen, muß er jetzt ohne weiteres dafür einen höheren Preis zahlen, als dies vor der Zollerhöhung der Fall war.

Haben schon die schwarz-blauen Vlodgesellen bei ihrer leichtfertigen Gesetzesmacherei bewiesen, daß sie von den industriellen Verhältnissen keine blasse Ahnung haben, so gibt es heute keinen Fachmann in der gesamten Industrie, der ihre jetzigen Darlegungen nicht für bewussten Schwindel hält. Bei den 5 Pfg.-Zigarren soll nach Erzberger und Genossen die Mehrsteuer nur ein Zehntel-Pfennig betragen; Herr Erzberger will eine 5 Pfg.-Zigarre aus rein inländischem Tabak herstellen. Jedes Wehrmädchen in der Zigarrenindustrie weiß, daß Zigarren aus rein inländischem Tabak herzustellen ein Ding der Unmöglichkeit ist, daß eine Zigarre, die auch nur zur Hälfte aus „lieb Vaterland“ besteht, wahrlich schon nicht lieblich schmeckt und duftet. — Nimmt man aber nur die Hälfte ausländischen Tabaks, so beträgt die Mehrbelastung schon über 3 Mk. pro Mille; dazu kommt dann noch die infolge der jetzigen großen Nachfrage nach inländischem Tabak eingetretene Preissteigerung von 10 bis 70 Pfg. pro Pfund, sodas der Hersteller der Ware ohne irgendwelchen Aufschlag seiner höheren Spesen 4 bis 4,60 Mk. Mehrkosten hat. Tatsache ist aber, daß eine ganze Reihe Fabrikanten vor der Zollerhöhung ihre 5 Pfg.-Zigarren entweder ganz oder doch fast ganz aus rein ausländischem Tabak hergestellt hat. Für diese Sorten muß die Preissteigerung natürlich eine noch höhere sein, namentlich dann, wenn es sich um größere Fassons handelt, bei welchen die Mehrbelastung

eventuell auf 5,60 Mk. pro Mille steigt. Bei den 6 Pfg.-Zigarren beträgt der Wertzoll 5 bis 6,40 Mk. pro Mille, bei den 7 Pfg.-Zigarren 5,80 bis 7,40 Mk. pro Mille, ohne Sinzurechnung der erhöhten Unkosten des Fabrikanten.

Die Anlagepreise der Händler betragen bisher:
 bei den 5 Pfg.-Zigarren 35—40 Mk. pro Mille,
 bei den 6 Pfg.-Zigarren 42—46 Mk. pro Mille,
 bei den 7 Pfg.-Zigarren 48—52 Mk. pro Mille.

Für den Kleinverkauf bewirkt also die neue Steuer ein weiteres, daß die Zigarren um 1 Pfg. im Preise erhöht werden müssen, wenn nicht die Händler, die doch wahrlich nicht auf Rosen gebettet sind, den Mehrpreis aus ihrer Tasche bezahlen sollen.

Die Gehe der Agrarier und des Zentrums gegen die Zigarrenfabrikanten und Händler ist in ihrer Wirkung eine arbeiterfeindliche, sie führt dazu, daß gewissenlose Fabrikanten durch Reduktion der Arbeitslöhne, durch Verlegung ihrer Fabriken in Distrikte mit niedrigen Löhnen billigere Fabrikate herzustellen sich bestreben werden. Der Tanz, der nach der Zollerhöhung von 1879 begann, und der über die Tabakarbeiter für Jahrzehnte so furchtbares Elend brachte, beginnt infolge dieser Gehe jetzt schon wieder.

Denkende Arbeiter haben kein Interesse daran, den schwarz-blauen Vlod bei der von ihm inszenierten Gehe zu unterstützen; die Kosten würden einzig und allein ihre Brüder, die Tabakarbeiter, zu tragen haben. Aber etwas anderes sollte in allen Orten geschehen, in denen organisierte Arbeiter Einfluß besitzen. Die Gewerkschaftskommissionen sollten gemeinsam mit den organisierten Tabakarbeitern dafür sorgen, daß die Arbeiter nur Zigarren kaufen, bei deren Herstellung die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllt sind. Leider hört man noch immer auf die beschämende Tatsache, daß man sich darum selbst dort manchmal nicht kümmert, wo die Arbeiter Einfluß haben — in Gewerkschaftshäusern und in Konsumvereinen. Der bisherige Grundfab, gerade an den Zigarren möglichst viel zu verdienen, hat leider dazu geführt, daß unbekümmert darum, ob sie zu Hungerlöhnen in der Heimindustrie oder in Zuchthäusern angefertigt wurden, nur des billigen Preises wegen Zigarren von allen möglichen kapitalistischen Firmen gekauft werden.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter stehen vor einer entsetzlich schweren Zeit, ohne die solidarische Beihilfe der gesamten Arbeiterschaft werden sie nicht die Macht haben, in dem schon begonnenen Kampfe aller gegen alle dem rückwärtslosen Niedertampeln der Arbeiterinteressen durch den Kapitalismus standhalten zu können.

Bei zielbewusstem Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Organisationen für die durch die „Ritter und die Heiligen“ so schwer geschädigten Tabakarbeiter wird es aber möglich sein, sowohl die Konsumenten-Interessen der gesamten Arbeiterschaft, als auch die Produzenten-Interessen der Tabakarbeiter zu wahren.

Neueste Nachrichten.

Eine neue Simplizissimus-Reklame.

München, 1. Okt. Das bayerische Verkehrsministerium hat sämtliche Eisenbahndirektionen angewiesen, den Verbleib des „Simplizissimus“ in sämtlichen Bahnhofsbuchhandlungen ihres Bezirks mit sofortiger Wirkung zu untersagen. Diese Entscheidung ist eine Folge der Nummer des „Simplizissimus“, in der Prinz Ludwig zum Gegenstand von Manöverkarikaturen gemacht worden war.

Das Marokko-Abenteuer Spaniens.

Madrid, 1. Okt. Nach einer amtlichen Meldung aus Melilla hatten die Truppen des Generals Drozon auf einem Erkundungsmarsche von Seluan nach Suf el Djennis folgende Verluste: General Diaz Vicario, drei Hauptleute, ein Leutnant und 14 Mann tot, etwa 180 Mann verwundet.

Für 100 000 Mark Juwelen gestohlen.

Stuttgart, 1. Okt. In der vergangenen Nacht ist in dem in der Friedrichstraße, einer der belebtesten Straßen der Stadt, gelegenen Bijouteriegeschäft von Eugen Kaufmann ein Juwelen Diebstahl begangen worden, bei welchem etwa für 100 000 Mark Juwelen gestohlen worden sind. Der Diebstahl ist offenbar von einer internationalen Bande verübt worden und wurde mit dem denkbar größten Raffinement ausgeführt. Die Diebe haben nicht die geringste Spur hinterlassen. Sie haben den Geldschrank angebohrt, das Schloß gesprengt, die Wertgegenstände herausgenommen und dann die Etuis wieder hineingelegt. Der beschlossene Kaufmann ist gegen Lade- und Geldschrankbruch auf 150 000 Mk. versichert. Bisher hat man nicht die geringste Spur der Gauner.

e 8.
 alle
 (Samt)
 rdgeschob
 ten Ber
 Rat und
 in Ca
 Dienst
 en, Un
 cherung
 etrecht
 er: und
 schachen
 ung von
 ertäglic
 r. 869
 es
 Halb-
 reisch
 4980
 er
 ffr. 1.
 Freitag:
 r- und
 Befamter
 n.
 ann wird
 öbberes
 ländiger
 on 101“
 aties.
 .
 um für
 i Groß-
 9a.
 eru) von
 Professor
 r. 1910.
 D.
 09,
 1909,
 1910,
 großen
 lungen
 Beginn
 2 bis
 , jedoch
 arte,
 ritten zu
 er
 räftig-
 änger
 ME.
 5037
 art.
 möbl.
 n. Zu

Politische Uebersicht.

Die Ergebnisse des Katholikentages für das Freidenkertum.

Rund 150 Anträge zum Austritt aus der Landeskirche sind während und nach dem Katholikentage beim Amtsgericht in Breslau eingereicht worden. Außerdem traten eine sehr große Anzahl wirtschaftlich abhängiger Leute dem Freidenker-Verein bei.

Aus der bayerischen nationalliberalen Partei.

Der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei Bayerns hat den jungliberalen Abgeordneten Süßsch-Schweinfurt aus der nationalliberalen Partei ausgeschlossen. Der Ausschuß ist auf die Angriffe zurückzuführen, die Süßsch auf dem jungliberalen Parteitag in Roth gegen die nationalliberale Partei und ihren Führer Casselmann richtete. Die nationalliberale bayerische Landtagsfraktion hat ein Vertrauensvotum für Casselmann beschloffen.

Abgrenzung von Fabrik und Handwerk.

Im Laufe des Herbstes sollen im Reichsamt des Innern Verhandlungen stattfinden, um die Frage der Abgrenzung zwischen Handwerk und Fabriken zu regeln. Zu diesen Verhandlungen werden außer den Vertretern der Bundesstaaten auch noch Vertreter der Industrie und des Handwerks zugezogen werden.

Badische Politik.

Vor die Pistole gefordert?

Auf der Freiburger Landesversammlung hat Herr Dr. Obkircher sich sehr scharf gegen den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte für Baden, Freiherr Böcklin von Böcklinsau, gewendet und u. a. von diesem Herrn als von dem „jungen Manne“ gesprochen. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß Herr Dr. Obkircher sich bei der Kritik des Führers der Bündler auf einen den Tatsachen nicht entsprechenden Bericht der „Bad. Landeszeitung“ gestützt hatte. Herr Dr. Obkircher hat deshalb am letzten Samstag in einer in St. Georgen stattgefundenen Versammlung seine Äußerungen gegen den Baron von Böcklin in aller Form unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Wie die „Freib. Tagespost“ berichtet, ist diese Zurücknahme aber nicht auf dem üblichen Wege erfolgt, vielmehr war der Herr Baron mit einem Hauptmann Schinzinger nach Mannheim gefahren und hat den Hauptmann in die Wohnung des Herrn Obkircher geschickt. Ob eine förmliche Herausforderung zum Zweikampf stattgefunden hat, geht aus den Mitteilungen der „Freib. Tagespost“ nicht hervor. Jedenfalls aber ist der Baron von Böcklin mit seinem Hauptmann nicht leiblich deshalb nach Mannheim gefahren, um von Herrn Obkircher eine Erklärung zu fordern. Dazu hätte es der Reise nach Mannheim nicht bedurft. Vielleicht erfährt man noch näheres über den Besuch, den Herr Hauptmann Schinzinger bei Herrn Dr. Obkircher abgstatet hat.

Ein Dokument der Angst und Feigheit

publiziert der jetzt unter schwarzer Flagge segelnde „Bogauer Erzähler“ in einer parteiamtlichen Erklärung, wonach für die Einladungen der Zentrumsversammlungen im Bezirk Engen-Donauschingen der Grundsatz aufgestellt wurde, daß für die Versammlungen in den einzelnen Orten jeweils nur die Wähler aus den betreffenden Orten und zwar ohne Unterschied der Partei eingeladen sind, von auswärts dürfen nur Zentrumsleute der Versammlung anwohnen.

Aus dieser Erklärung spricht die blasse Furcht des Zentrums vor der Volksaufklärung. Sie steht auch in auffallendem Gegensatz zu dem großspurig behaupteten Zentrumspressen und der Zentrumsagitatoren. Wenn es überhaupt noch eines Beweises für das schlechte Gewissen des Zentrums in Sachen der Reichsfinanzreform bedurft hätte, so wäre er durch dieses Dokument der politischen

Feigheit erbracht. Für sich selbst beansprucht das Zentrum in den gegnerischen Versammlungen die weitgehendsten Rechte und Freiheiten; da und dort organisiert es Sprengkolonnen, um die Gegner in ihrer Agitation zu stören und seine fanatisierten Anhänger schreden vor den schimpflichsten Mitteln der Vergewaltigung nicht zurück. Aber wo es gilt, die Scheingründe, mit welchen das Zentrum seinen Volksberrat zu rechtfertigen versucht, dem politischen Gegner gegenüber zu verantworten, da freist man feige aus. So kämpft das Zentrum „mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht“.

Die Scheid- und Quittungssteuer

versucht gestern der „Badische Beobachter“ noch einmal als Besitzsteuer zu verteidigen. Einen solchen Humpbug glaubt bestenfalls die Waldmichelgesellschaft im Kreuzstübli, in welcher der „Waldmichel“ und der „Kohlernoz“ das große Wort führen. Gewiß werden die Besitzenden von der Scheid- und Quittungssteuer auch betroffen, aber viel härter als die Besitzenden belastet diese Steuer den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand, denn die Steuer macht keinen Unterschied in den Beträgen, auf welche der Scheid oder die Quittung lautet. Den Zentrumsanhängern gegenüber scheint aber kein Schwindel zu groß zu sein, um sie damit hinteres Licht führen zu können. Hoffentlich lernen wenigstens noch die dem Zentrum zugehörigen Gewerbetreibenden und Kaufleute, die nicht zu den Besitzenden zählen, begreifen, daß die Scheid- und Quittungssteuer nicht als Besitzsteuer deklariert werden kann. Ähnlich wie mit dieser „Besitzsteuer“ verhält es sich mit fast allen anderen, die der Schnapsblock beschloffen hat. Es sind durch die Bank Verkehrssteuern, zum Teil direkte Schuldensteuern.

Eine niederträchtige Denunziation

leistet sich die „Kreuzzeitung“. Professor der Theologie Fr. Nieberga II in Heidelberg hat in Nr. 6 der Monatschrift „Nord und Süd“ einen Artikel über die Psychologie des Fabrikarbeiters veröffentlicht, der auch folgende Sätze enthält:

„Wo die Leute eben vom Lande kommen, sind sie meistens nur für ungelernete Arbeit zu gebrauchen. Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Jorn die Worte entfahren sind, daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumme wären; wenn sie nur solche wären, dann würden sie auch gescheiter und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus bescheidenen Munde. Und in der Tat, das kann man wohl sagen: sie kommt nur dahin, wo einigermassen höhere Interessen sind, und wo sie herrscht, da weckt sie höhere Interessen. Sie gilt schon in weiten Kreisen jetzt als die große Welterin des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle übrigen Veranstaltungen nicht fertig gebracht haben — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer in Wahlzügen um das geringe Volk bekümmert? Das rächt sich jetzt bitter — das hat die Sozialdemokratie seit in die Hand genommen.“

Diese ehrlichen Worte, die aussprechen, was schon oft von vorurteilslosen Gegnern der Sozialdemokratie und insbesondere auch in der konservativen Monatschrift „Der Fürmer“ gesagt worden ist, haben die „Kreuzzeitung“ in förmliche Majerei verkehrt. Professor Nieberga, der als Nachfolger des verstorbenen Leiters des theologischen Seminars in Heidelberg, Wassermann, genannt wurde, wird der Regierung in geschäftiger Weise denunziert; das Funkenblatt schreibt:

„Und in einem solchen Zeitpunkt (da ein Wahlkompromiß zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen wieder nicht ausgeschlossen erscheint) wagt man es, der Regierung die Ernennung eines Professors zur Erziehung der akademischen Jugend in praktischer Theologie vorzuschlagen, der der Sozialdemokratie eine so hohe, wohlthuende Bedeutung beimißt, daß er, der theologische Lehrer, sie schlechthin die „Welterin des geistigen Lebens“ nennt. Dieses geistige Leben hat ja der badische Minister des Innern v. Bodman in verschiedenen Reden kurz aber treffend

flüchtig. Er hat die Sozialdemokratie als republikanisch bezeichnet, hat darauf hingewiesen, daß sie alle Produktionsmittel verstaatlichen, dem Bauer seinen Acker nehmen wolle usw. Und so läche Bestrebungen nennt jener höhere Theologe „höhere Interessen“, das „geistige Leben“! Unter seiner Lebhaftigkeit würde wohl eine sonderbare theologische Generation heranwachsen.“

Daß Herr v. Bodman mit seiner Sozialistenverleumdungsrede im badischen Landtag eine schwere Niederlage erlitten hat, ist dem Organ der preussischen Fieselbarone offenbar nicht bekannt. Im übrigen wird sich die badische Regierung einstweilen noch hüten, die Winke der „Kreuzzeitung“ zu befolgen. Noch herrscht in Baden nicht der Schnapsblock.

Ein gerichtliches Nachspiel zur Tabakarbeiterversammlung im Böhlerthal

steht in Aussicht, da unser Parteigenosse Zeller daselbst gegen den Redakteur des „Acher- und Böhlerbote“ Verleumdungsklage erhoben hat. Dem Redakteur dieses Papiers wird also Gelegenheit gegeben werden, folgendes vor Gericht zu beweisen: 1. daß er zuerst als junger Gymnasialstudent verbrachte, weil er zu dumm zum Weiterstudium, 2. sein ganzes anschließendes elterliches Vermögen in ein paar Jahren im In- und Auslande durch ein verschwenderisches Leben durchgebracht, 3. sich eine Unfallrente (gegen deren Einführung angeblich die roten Brüder seinerzeit gestimmt) verschafft und seine Frau ihn durch Heimarbeit noch ernähren muß.

Am Schluß des Verleumdungsartikels heißt es dann noch:

„Und wäre es nach dem Willen der Sozialdemokratie gegangen, so könnte seine Frau auch diese Heimarbeit aufgeben. Denn am 17. März 1909 beantragten diese Volksbeglucker „Abkündigung sämtlicher Heimarbeiter in der Tabak- und ähnlicher Industrie“. Dann hätte der arme Mann gar nichts mehr zu schlucken und würde sein dickes Schmeerbüchlein gewiß bald einschrumpfen. Vielleicht würden ihm dann die roten Herren Millionäre Singer, Marons, Bernstein, Wurm, David, Frank, Stadthagen und wie sie alle heißen die „Führer“ der roten „Volkspartei“ wieder auf die Weine besßen!“

Unsere Genossen Bernstein, Wurm, David, Frank und Stadthagen werden lachen, wenn sie vernehmen, daß sie „Millionäre“ sind. Das ist aber ein Schulbeispiel, wie das Zentrum den politischen Kampf führt.

Gerichtliche Korrektur einer polizeilichen Beschränkung des Versammlungsverbot.

Vor dem Heidelberger Schöffengericht wurde am Donnerstag die Berufung unseres Parteisekretärs Emil Maier und des Gpipers Georg Wald gegen die bezirksamtlichen Strafverfügungen von 10 Mk. bzw. 4 Mk. verhandelt, die gegen sie ergangen waren, weil sie am 13. Juni ds. Jrs. in Wilhelmsfeld eine Versammlung abhielten, ohne dieselbe vorher polizeilich angemeldet zu haben. Das Schöffengericht sprach beide Angeklagte frei, weil angenommen wurde, daß die Versammlung nur für Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bestimmt war, wie es die Angeklagten von Anfang an behauptet hatten. Es wurde in der Verhandlung durch Zeugen festgestellt, daß ein Mann sogar aus der Versammlung ausgewiesen wurde, weil er nicht Mitglied unserer Partei war. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Vielleicht nimmt das Ministerium Veranlassung, die ihm unterstellten Polizeiorgane anzudeuten, bei der Handhabung des neuen Vereins- und Versammlungs-gesetzes sich nach den Versprechungen zu richten, die Minister v. Bodman auf dem letzten Landtag abgegeben hat.

Vörrach, 1. Okt. In Entwidung auf verschiedene Mitteilungen in der Presse erklärt der nationalliberale Kandidat für Vörrach-Stadt, Hauptlehrer Klug: Es ist unwahr, daß ich der freisinnigen Partei angehört habe; es ist unwahr, daß ich ihr einen Beitrag bezahlt habe; es ist unwahr, daß ich vor einigen Monaten mich wieder neu angemeldet habe.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

229

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Melitta war von ihrer zweiten Reise nach Fichtenau, zu welcher Wemperlein vergänglich seine Begleitung angeboten hatte, zurückgekehrt; aber, nachdem sie sich eine Stunde in Grünwald aufgehalten, folgte mit Julius nach Berkow weiter gereist, ohne nach Wemperlein geschickt zu haben. Wemperlein erfuhr, daß sie dagewesen, erst durch den alten Baumann, der, Julius' Sachen zu ordnen und andere Kommissionen auszurichten, in der Stadt zurückgeblieben war. Wemperlein hatte mit dem alten Mann niemals über Oswald gesprochen. Diesmal fing jener selbst davon an. Er erzählte, daß Herr Stein zu gleicher Zeit mit ihnen in Fichtenau gewesen, aber, trotzdem er vom Keller der gnädigen Frau Anwesenheit erfahren, ohne sich ihr vorzustellen, abgereist war. Hier schwieg er, augenscheinlich um zu hören, wie Wemperlein diese Nachricht aufnehmen würde. Als Wemperlein aber nichts weiter, als: so, so! — in der Tat! darauf erwiderte, vermochte der Alte nicht länger an sich zu halten und schüttelte sein ganzes volles Herz und damit die volle Schale seines Jorns über Oswald aus.

Er habe dem Musjö vom ersten Augenblicke an nicht über den Weg getraut, und nun sei es ja sonnenklar, daß der schlechte Mensch die arme gnädige Frau schändlich betrogen habe. Ueberdies habe er, Jakob Baumann, mit der gnädigen Frau gesprochen, in aller Ehrerbietung, denn er sei nur ein Dienstmann und kenne seine Stellung, aber auch mit allem Ernst, denn er habe sie als Kind auf den Armen getragen und sie immer väterlich geliebt, und sie habe ihm geantwortet, wie sie noch stets bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten getan, nicht ganz und nicht halb, aber für ihn, der sie so genau kenne, wie die Fläche seiner Hand, gerade genug. Und da habe er, Jakob Baumann, großes Verlangen gehabt, den Musjö, der seiner gnädigen Frau so mitgespielt, niederzuschleichen wie einen toten Hund

und es habe wenig daran gefehlt, so hätte er es auch getan, einmal in der Nacht auf der Haide zwischen Grenitz und Fachsenitz. „Aber jetzt danke er doch Gott, der seinen Arm zurückgehalten und ihm dies Verbrechen erspart habe, umso mehr, als er es nicht hat geschehen lassen, daß die Geschichte der armen gnädigen Frau das Herz brach, sondern ihr die Augen aufgetan und ihr den Weg gezeigt hat, auf dem allein für sie auf Erden Heil zu finden ist.“ Welches dieser Weg sei, darüber hatte sich der alte Mann nicht weiter ausgelassen, sondern war aufgestanden und, als wolle er alle weiteren Fragen unmöglich machen, schnell zum Zimmer hinausmarschiert.

Dies Gespräch, das seine schlimmsten Befürchtungen bestätigte, hatte Wemperlein tief ergriffen und es hatte den peinlichsten Eindruck auf ihn gemacht, als er noch voll von diesen Empfindungen zu Kobrans kam und der erste, der ihm dort entgegentrat, — Oswald war.

Ja, diese Begegnung hatte ihn so peinlich berührt, und eine mögliche Wiederholung derselben dünkte ihn so abscheulich, daß er ganze acht Tage brauchte, sich von diesem Schrecken zu erholen, und wer weiß, wie lange er noch gebraucht haben würde, wenn Sophie nicht gekommen wäre und seiner Unentschlossenheit ein Ende gemacht hätte. Und doch hatte ihn in diesen acht Tagen so nach seiner Freundin verlangt!

Glücklicherweise traf er Sophie dieses Mal allein, als er nach einer Stunde im Wohnzimmer erschien. Franz war eben dagewesen und hatte versprochen, später wieder zu kommen. Es fiel Sophie auf, daß Wemperlein mehrmals fragte: Aber wir werden doch sonst keinen Besuch haben? und sie brachte diese Frage natürlich mit den Vermutungen, die sie über Wemperleins Wegbleiben angestellt hatte, in Verbindung. So sagte sie denn, nachdem sie Wemperlein, der mit dem Schürfeisen unablässig in den Kohlen rührte, eine Zeitlang schweigend beobachtet hatte:

Nicht wahr, der eigentliche Grund, weshalb Sie acht Tage lang nicht gekommen sind, ist, weil Sie Oswald Stein hier zu begegnen fürchteten?

Wer sagte Ihnen das? fragte Wemperlein, erschrocken in seiner Beschäftigung innehaltend.

Eine Frage ist keine Antwort, erwiderte Sophie. Nur heraus mit der Sprache, Wemperchen! Geheimnisträmerie ist im Verkehr mit so klugen Leuten, wie ich, ein schlecht rentiertes Geschäft. Ich weiß alles.

Was wissen Sie? rief Wemperlein in großer Aufregung, von seinem Stuhl in die Höhe fahrend.

Aber, Wemperchen! sagte Sophie, wie können Sie nur so wenig Rücksicht auf meine Nerven nehmen! Es wird einem ja ganz unheimlich, wenn man Sie mit dem glühenden Eisen in der Hand da stehen sieht, wie den Mann bei Schafepare. Verhüthen Sie sich nur wieder! Ich weiß gar nichts. Aber Sie würden mir in der Tat einen Gefallen tun, wenn — aber erst sehen Sie sich einmal wieder und stellen den Schürer aus der Hand! so! — wenn Sie mir in aller Ruhe und Freundschaft sagten, was Sie eigentlich haben, denn je länger ich Sie betrachte, desto veränderter kommen Sie mir vor.

Fräulein Sophie, erwiderte Wemperchen, Sie wissen, man kann selbst gegen seine vertrauesten Freunde — und ich habe zu niemand in der weiten Welt größeres Vertrauen, als zu Ihnen — nicht immer ganz offen sein, weil unsere Geheimnisse in vielen Fällen nicht bloß unsere Geheimnisse, sondern auch die anderer sind, und insofern von uns heilig gehalten werden müssen.

Aber, Wemperchen, sagte Sophie, Sie können doch unmöglich glauben, daß ich mich in Ihre Geheimnisse stehlen will! Ich bin weder so unbedarbt, noch so neugierig. Lassen wir die Sache ruhen und sprechen wir von was anderem!

Nein, nein, rief Herr Wemperlein eifrig, lassen Sie uns davon sprechen! Sie glauben nicht, wie ich mich danach gesehnt habe, mit Ihnen über — über gewisse Dinge — gewisse Personen — die —

Herr Wemperlein hatte schon wieder das noch nicht erkaltete Schürfeisen ergriffen und stürte emsig als je in den glühenden Kohlen. Sophie sah diesem seltsamen Treiben kopfschüttelnd zu. Es kam ihr flüchtig der Gedanke, Wemperlein könnte sich bei seiner chemischen Analyse übermäßig angestrengt und sein Kopf infolgedessen etwas gelitten haben.

Wiesloch. Die nationalsozialistische Partei hat den Schlosser der Eisenbahnwerkstätte Mannheim, Karl Hartmann, als Kandidaten für den Landtagswahlkreis Wiesloch-Ballhof-Bruchsal (Land) aufgestellt.

Landtagswahl-Agitation.

Langenbrücken. Am Sonntag fand hier eine gutbesuchte Volksversammlung statt, in welcher unser Kandidat, Genosse Krohn, über die Landtagswahlen sprach. Der Redner erntete für seine Ausführungen großen Beifall. Von der Diskussion machten die anwesenden Gegner keinen Gebrauch. Um so ärger schimpften sie hinterher in den Wirtschaften.

Güntenbach. Am letzten Sonntag fand hier in der Wirtschaft zur „Blume“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher unser Kandidat, Genosse Engler, über die neuen Steuern und die bevorstehende Landtagswahl referierte. In einem 1 1/2 stündigen Vortrage legte Engler den Anwesenden klar vor Augen, in welcher frivolen Weise der Schnapsblock die neuen Steuern abermals auf die ärmeren Klassen abwälzte, ferner kennzeichnete er die Aufgaben, die der nächste Landtag zu erfüllen hat und appellierte an die Wähler, dahin ihre Stimmen abzugeben, daß eine freiheitlich-fortschrittliche Politik in unserem Lande Platz greifen könne. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. Diskussion fand keine statt.

Genosse Niemand ersuchte die Anwesenden, die Arbeiterpresse zu abonnieren, ebenso empfahl er ihnen den Beitritt zur Organisation. Hierauf wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Aus der Partei.

Walsch, 1. Okt. Am Sonntag, 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet hier im Lokale zum „Malberg“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Frank über die neuen Steuern und die Landtagswahl sprechen wird. Unsere Genossen eruchen wir, recht eifrig für dieselbe zu agitieren. Es muß eine Massenversammlung werden. Den etwa auftretenden Gegnern sichern wir unbedingte Redezeitigkeit zu. Herr Welzer ist zu der Versammlung persönlich eingeladen.

Dürmersheim, 1. Okt. Sozialdem. Verein. Heute Samstag, 2. Oktober, abends 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kreuz“ eine Versammlung statt. Wir erwarten, daß es sich sämtliche Mitglieder zur Pflicht machen, namentlich jetzt während des Wahlkampfes vollständig zu erscheinen.

Zum Wahlkampf. Am Sonntag, 3. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. Frank aus Mannheim sprechen wird. Parteigenossen, sorgt für einen Massenbesuch! Auf zum Kampf!

Badische Chronik.

Durlach.

Die öffentliche Wählerversammlung, die am Donnerstag Abend in der „Blume“ stattfand, war sehr gut besucht. Dieselbe war vom sozialdem. Wahlkomitee einberufen. Gen. Adolf Ged. hielt zunächst ein temperamentvolles Referat über „Die politische Lage im Reich“. In marantem Strich zeichnete er die bekannten Novemberereignisse im Reichstag, den Kampf gegen das persönliche Regiment und wies nach, wie die bürgerlichen Parteien in dieser Frage eine nach der anderen umgefallen sind, wie die Verfassungskommission ihr Arbeiten hinausjögerte, sodas sie zum Schluß des Reichstags nicht einmal einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit geben konnte. Kurz und prägnant schilderte Redner sodann den Werdegang und die voraussichtliche Wirkung der „samosen“ Finanzreform und die Haltung des Zentrums in dieser Frage. Diese Ausführungen fanden sehr lebhaften Beifall.

Sodann sprach unser Kandidat, Gen. Weber, über unser Landtagswahlprogramm, die wichtigsten Forderungen desselben in etwa einständiger Rede erörternd. Auch er erntete stürmischen Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Was mein Nichtkommen betrifft, fuhr Bempferlein plötzlich fort, so haben Sie darin ganz recht gehabt. Ich bin weggeblieben, weil ich mit Oswald Stein nicht wieder zusammenreffen wollte.

Aber, sagte Sophie, Franz hat mir doch gesagt, daß Sie und Stein sehr gute Freunde gewesen wären. Wodurch seid ihr denn auseinander gekommen?

Wodurch? antwortete Bempferlein. Ja, Fräulein Sophie, das ist es ja eben, was ich Ihnen so gerne sagen möchte und doch nicht sagen darf. Würden Sie mit jemand umgehen, oder vielmehr, würden Sie nicht jemand auf alle Weise auszuweichen suchen, der einen Dritten, den Sie ebenso sehr lieben wie verehren, tödlich beleidigt hat?

Gewiß, sagte Sophie, denn dann hätte er ja mich selbst beleidigt. Aber sind Sie auch gewiß, daß die Sache sich wirklich so verhält? Gaben Sie auch beide Teile gehört? Was mich betrifft, so bin ich eben nicht sehr entzückt von Herrn Stein, oder offen gesagt, er mißfällt mir desto mehr, je öfter ich ihn sehe; aber Franz, der sonst so klug ist und die Menschen so durchschaut, schwärmt doch förmlich für ihn. Wie wäre das möglich, wenn Stein ein schlechter Mensch wäre?

Ich habe nicht gesagt, daß er schlecht ist, erwiderte Bempferlein, eine große Kohle bearbeitend; schlecht ist überhaupt ein relativer Begriff; und was ich schlecht gehandelt nenne, nennt Herr Stein vielleicht nur leichtsinnig. Ich nenne aber schlecht gehandelt, wenn einer —

Hier unterbrach sich Bempferlein und hieb wiederum auf die große Kohle los.

Wie würden Sie es zum Beispiel nennen — ich spreche hier nicht von Herrn Stein — wenn einer einem armen abhängigen verwaisen, hilflosen Mädchen, das niemand, niemand auf der weiten Welt hat, der es schützen könnte und würde, so lange von Liebe vorschwaft, bis das Mädchen an diese Liebe glaubt, sie zu heiraten verspricht mit allen heiligen Eiden; und sie dann an einen Wüstling verkauft und verrät, verkaufen, verraten will — o, es ist schändlich, schändlich!

Aber, um Gotteswillen, Bempferchen! hat Oswald so etwas getan!

Bruchsal.

Sozialdem. Verein. Heute Samstag Abend findet in der „Neuen Sonne“ die Monatsversammlung statt, zu der die Genossen recht zahlreich erscheinen wollen.

Zur Landtagswahl. Zwei Versammlungen fanden am Freitag Abend statt, in denen unser Kandidat Gen. Albert Willi und Gen. Rechtsanwalt Marum über die bevorstehenden Landtagswahlen sprachen. In der Versammlung im „Dirsch“ gab es eine kleine Diskussion. Gen. Willi führte den Diskussionsredner sachlich aber gründlich ab und dürfte derselbe wohl eines Besseren belehrt worden sein. Die beiden Redner entledigten sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise. Der Besuch dieser beiden Versammlungen hätte ein besserer sein dürfen.

Erlingen.

Die öffentliche Versammlung am gestrigen Abend wies einen zufriedenstellenden Besuch auf. Der Vortrag des Genossen Dr. Kullmann fand ungeteilten Beifall. Die Genossen Strohm, Schneider und Leppert griffen in die Diskussion ein und wurde hierbei auch die auf der tiefsten Stufe stehende, schmutzige Kampfweise des „Bad. Landmann“ unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung aufs schärfste beurteilt.

Am 20. Oktober wird eine weitere Versammlung in der städtischen Festhalle stattfinden.

Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereins findet am Montag Abend statt. Gen. Weber wird Bericht über den Parteitag erstatten. Wir dürfen wohl erwarten, daß kein Vereinsmitglied fehlt.

Rastatt.

§ 176, 3. Unter dem Verdacht, mit Schulmädchen sittliche Verfehlung begangen zu haben, wurde der Kontrolleur Schönewald gestern Abend verhaftet.

Baden-Baden.

Zur Holzarbeiterbewegung. Die Frankfurter Firma Schneider und Hanau, die gegenwärtig hier in der Villa Tanfoni (Kronprinzengasse 8) Montagearbeit auszuführen hat, sperre, um dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes für die Holzindustrie nachzukommen, einen Teil ihrer Arbeiter aus. Sie verschonte aber diejenigen, welche in verschiedenen Städten Arbeiten zu montieren haben. Als die Absperrung perfekt war, telegraphierte die Firma an den Montageführer Wucher, sie sollten ruhig weiterarbeiten, für den nötigen Schutz sei schon gesorgt; mit andern Worten: die Polizei würde, wenn sie weiter arbeiten sie schon beschützen. Tatsächlich kam am Tag darauf ein Polizeiwachtmeister und ein Schutzmann in die Villa, um die Frankfurter Kollegen in Schutz zu nehmen. Dieselben aber haben sofort nach Empfang des Telegramms Baden-Baden verlassen, reisten zurück nach Frankfurt und erklärten sich mit den dortigen Kollegen solidarisch.

Nun wird die Arbeit von dem Baugeschäft Dieterle-Dichtental weitergeführt. Vier Kausreifer dieser Firma berichten nun die Streitarbeit. Drei von diesen „Gelben“ waren ehemals Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes und sind in christlichen Arbeiterkreisen bekannte Persönlichkeiten. Herr Dürheimer fungiert als Gewerbetreibender für das christl. Gewerkschafts-Kartell, Herr Richter war nicht nur hier, sondern auch in der Umgegend als christlicher Agitator bekannt. Die beiden anderen sind die Vorarbeiter Emil Groß und Weiß. Charakteristisch ist, daß Dürheimer und Groß mit zwei Parteilägern verabredet hatten, keine Streitarbeit zu verrichten. Diese Worte aber umzusetzen in die Tat, dazu fehlte ihnen der Mut. Der Weiß ist willig, aber das Fleisch ist schwach! Jeder Arbeiter, der ein bishen Charakter und Solidaritätsgefühl besitzt, verweigert Streitarbeit. Hier zeigt sich, wie notwendig eine Organisation ist. Deshalb trete jeder Holzarbeiter in den Verband ein, um den im Kampfe stehenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen und sich als Streibreaker herabzubwürdigen. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Die Fremdenliste verzeichnet am Quartalschluß eine Frequenz von 69 193 Personen, gegenüber 66 173 Personen am gleichen Tage des Vorjahres. Das ergibt ein erfreuliches Mehr von 3020 Personen.

Der Alkohol. Ein zu der Reserveübung eingerückter, in Wolfartsweier einquartierter Soldat ließ sich in angetrunkenem Zustande zu schweren Disziplinüberschreitungen hinreißen und

Ich sagte Ihnen schon, ich spreche nicht von Herrn Stein. Es gibt mehr Kavaliere auf der Welt, von denen einer dem andern so ähnlich sieht, wie eine Natter der andern Natter.

Liebes Bempferchen, bitte, bitte, stellen Sie den Schürer hin — ich kann es wahrhaftig nicht mehr aushalten. Nehmen Sie diese Schulummerwale, wenn Sie durchaus etwas in den Händen haben müssen.

Danke, sagte Bempferlein, den Schürer fortstellend und die Walze nehmend, und darauf, die Walze wie ein Kind im Arm haltend, in Schweigen versinkend. (Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Sonntag, 3. Okt. A. 7. „Die verkaufte Braut“, komische Oper in drei Akten von Smetana. — Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Montag, 4. Okt. 3. Vorst. auf. Ab. Festvorstellung zu Ehren des Großherzogs und der Großherzogin von Hessen: „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 8 Uhr, Ende gegen halb 11 Uhr.

Dienstag, 5. Okt. C. 6. „Die Lärterkule“, Lustspiel in vier Akten von Sheridan, übersezt und eingeredigt von Hans Meerz. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Donnerstag, 7. Okt. B. 7. „Jubith“, Tragödie in 5 Akten von Friedrich Heibel. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 8. Okt. C. 8. Neu einstudiert: „Der schwarze Domino“, Oper in 3 Akten von Kuber. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 9. Okt. A. 8. Zum erstenmal: „Gespensiter“, Familiendrama in 3 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, 10. Okt. C. 7. „Manon“, Oper in 5 Akten (6 Bildern) von Massenet. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

In Baden:

Montag, 4. Okt. 3. Vorst. auf. Ab. Zum erstenmal: „Gespensiter“, Familiendrama in 3 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7 Uhr.

wurde daher gestern Mittag ins hiesige Militärgefängnis abgeführt.

Offenburg.

Genossen, erscheint heute Abend zahlreich in den Bezirksversammlungen! Keiner fehle!

Singen a. H.

Eine Aenderung der Arbeitszeit tritt mit dem 1. Oktober in den hiesigen großen Fabriken ein. Statt wie bisher um 6 Uhr, bzw. 1/7 Uhr, soll von diesem Datum ab die Arbeitszeit um 1/7 Uhr beginnen, wobei in den Fittingswerken als Ersatz für die verloren gehende Viertelstunde die Nachmittags-Besperpause in Wegfall kommt, sodas die Arbeitszeit in diesen Werken dieselbe bleibt, wie bisher (9 1/2 Stunden). In der „Maggi“ verkürzt sich die Arbeitszeit von bisher 10 auf 9 1/2 Stunden, jedoch werden 10 Stunden bezahlt; dafür fällt jedoch der bisher gewährte monatliche freie Tag weg. Immerhin bedeutet diese Aenderung für die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eine, wenn auch nur kleine Verbesserung und es wäre nur zu wünschen, daß die Direktion der „Maggi“, sobald es sich herausstellt, daß in der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit soviel Arbeit geleistet wird, wie vordem in der 10 stündigen, was wohl in Kürze der Fall sein wird, an die Wiedereinführung des vordem mit Recht so beliebt gewesen freien Tages wieder heranginge.

Furtwangen.

Eine Abrechnung. Die am letzten Sonntag abgehaltene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in welcher Bezirksleiter R. Vorhöfger aus Stuttgart referierte, gestaltete sich zu einer gründlichen Abrechnung mit dem satfam bekannten christlichen Gewerkschaftsführer Herrn Engel, der mit seinem christlichen Anhang in der Versammlung erschienen war. Gleich nach Eröffnung der Versammlung, als der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt gab, meldeten sich die Herren Scherrer und Engel zum Wort und zwar zur Geschäftsordnung, wobei dieselben verlangen, die Tagesordnung dahin abzuändern, daß über Bad. Rheinfelden gesprochen werden soll. Selbstverständlich konnte diesem nicht stattgegeben werden, jedoch versprach Vorhöfger noch auf diese Sache zurückzukommen, damit Engel Gelegenheit habe, sich in der Diskussion zu rechtfertigen. Darüber gab es nun großen Lärm, wobei Herr Engel selbstverständlich den Entrümpelten spielte und Vorhöfger als „Feigling“ bezeichnete, wobei ihm eine Anzahl seiner Getreuen sekundierten und einen derartigen Krach verführten, der Vorhöfger am Weiterreden verhinderte, sodas sich der Wirt veranlaßt sah, Herrn Engel und seinen Getreuen nachzugeben, sich ruhig zu verhalten, andernfalls er von seinem Hausrecht Gebrauch machen werde. Jetzt erst legte sich der Tumult und Kollege Vorhöfger konnte weiterprechen. Er rechnete zunächst mit Herrn Engel gründlich ab, wies nach, in welcher frivolen Weise dieser Arbeiterführer mit den Interessen der Arbeiter beim Rheinfelder Streik gespielt habe, bei welchem er vor allem den Streikenden ohne Unterschied der Verbandszugehörigkeit pro Tag 3 M. Unterstützung versprach, was er aber nicht gehalten habe, daß auch er bei den Vorkommnissen, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt nicht ganz einwandfrei gehandelt habe. Statt daß nun Herr Engel der Wahrheit die Ehre gab und offen erklärte, daß der Streik deshalb verloren ging und gehen mußte, weil die nötigen Vorbereitungen zu demselben fehlten, nämlich eine gutgeschulte und starke Organisation, so schwindelt derselbe ins Land hinaus, welsch großartige Erfolge hier erzielt wurden, sodas sich selbst der Landeskommissar Straub gezwungen sah, diesen Schwindel durch zwei Verhörungen ins richtige Licht zu stellen, womit Herr Engel der Lüge überführt und öffentlich gebrandmarkt ist. Genau ebenso verhält es sich mit der Behauptung, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband wäre schuld an diesen Unruhen und an dieser Niederlage. Daß dies ebenfalls eine Lüge ist, geht schon daraus hervor, daß kein einziger Freiorganisierter verhaftet wurde, sondern lediglich christliche und Sozialisten. Kollege Vorhöfger erklärte hierauf, daß er das, was er in Mühlhausen über Engel gesagt habe, hier wiederhole. Seine ganzen Lügereien, mit denen er seit Wochen hausieren gehe, sollten nur dazu dienen, um die Wahlgeschäfte des „Schnapsblocks“, welcher die Interessen des wertvollen Volkes ebenso schwer verraten hat, wie Herr Engel, zu beforgen. Man wolle die arbeitende Klasse auf ein anderes Gebiet lenken, damit man wieder im Trüben fischen könne. Herr Engel habe ja in einer Versammlung aufgefordert, bei den kommenden Wahlen nur christlichen Männern die Stimme zu geben und ins Parlament zu schicken. Ja, meine Herren, — meinte Redner — wenn der Reichstag einmal im Herrenhaus ist, werden die deutschen Arbeiter diesen Rat befolgen, denn gerade diese christlichen Arbeiterführer im Reichstag haben alle insgesamt für die Vertierung der Lebensmittel gestimmt.

Sodann referierte Vorhöfger über das Thema „Die Ausbeutung und Anechtung der Arbeiter auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete“. In einem 1 1/2 stündigen Vortrage behandelte der Referent dieses Thema in ausgedehnter und leicht verständlicher Weise, wofür ihm am Schluß auch reichlicher Beifall gesollt wurde.

Hierauf trat eine kleine Pause ein, um dann zur Diskussion zu schreiten, auf welche alle gespannt waren, nachdem Herr Engel von Vorhöfger so schwer zugehrt wurde. Herr Engel meldete sich auch sofort zum Wort und wollte von seinem Platz aus sprechen, es wurde aber von ihm verlangt, er müsse vom Rednerpult aus sprechen. Dies lehnte der mutige Engel ab und zog fürdas von dannen. Mit all diesen schweren Anschuldigungen gegen seine christlichen Anhänger war besonders Herr Schmidt nicht arg erbaut, man konnte es ihm am Gesicht runterlesen. Durch sein Ausweichen hat sich Herr Engel bei jedem anständigen Menschen selbst gerichtet; er dürfte für die Schwarzwälder Arbeiterschaft seine Lügenrolle ausgespielt haben.

Forchheim, 1. Okt. Rekrutenfeier. Am morgigen Sonntag Abend findet zu Ehren der zum Militär einrückenden Mitglieder in der „Linde“ eine Abschiedsfeier statt. Das Programm ist vom Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ zusammengestellt und verspricht, sich in allen Teilen angenehm zu gestalten. (Siehe Inserat in dieser Nummer.) Der Feier geht ein Preisfest voraus und dauert von Samstag Abend bis Sonntag Nachmittag 6 Uhr. Hierauf Preisverteilung. Zu diesen Veranstaltungen ist die gesamte Einwohnerschaft und namentlich die organisierten Arbeiter freundlichst eingeladen. Wir machen auch darauf aufmerksam, daß neunretretenden Mitglieder des Gesang-Vereins bis zum 1. November von der Aufnahmegebühr befreit sind.

Bernau, 1. Okt. Hans Thomas-Feier. Auch der Heimatort Hans Thomas, unsere Gemeinde Bernau, rüstet sich,

das 70. Geburtsfest ihres Landmannes festlich zu begehen. Vom Mittelpunkt des Ortes wird sich ein Festzug, an dem sich sämtliche Vereine beteiligen, nach dem Gasthaus zum „Möhl“ bewegen, wo Kunstmalerei Bartels die Feste halten wird. Auf dem Rathaus wird eine Ausstellung von Thoma-Bildern veranstaltet. Hans Thoma wird zum Ehrenbürger von Bernau ernannt werden. Die Adresse überbringt eine Abordnung von hier dem Oberamtmann Heß von St. Wasien bei der Feier in Karlsruhe.

Mannheim, 1. Okt. Die neue Bahnsteigsperrung im östlichen Teil des Aufnahmegebäudes hier, durch welche die Wirtschafts- und Wartungsräume außerhalb des gesperrten Raumes zu liegen kommen, wird am 2. Oktober dem Betriebe übergeben und gleichzeitig der neue Gang vor diesen Räumen dem Verkehr eröffnet.

Mannheim, 30. Sept. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag auf dem Lindenhofe. Der in der Graphischen Kunstanstalt von Müller, Siefert u. Co. Rheinbammstraße 40, als Zeichnerlehrling beschäftigte 14 Jahre alte Friedrich Senns, Sohn des Schreinermeister Rud. Senns, erhielt den Auftrag, bei seinem Vater Sägemehl zu holen, das im Geschäft gebraucht wurde. Ein anderer Junge begab sich mit ihm hinunter in den Keller, in dem sich der Maschinenraum seines Vaters befindet. Plötzlich ertönten furchtbare Schreie aus dem Raume. Als man hinuntereilte, hing der rechte Unterarm des kleinen Senns an der Decke und der Junge lag in einer Blutlache am Boden. Die Transmision hatte ihm den rechten Unterarm vollständig herausgerissen. Man brachte den schwerverletzten Jungen in das Allgemeine Krankenhaus. Es ist fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird. Wie das Unglück entstanden, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Der Zustand des Jungen ist heute den Umständen nach zufriedenstellend. Es wird vermutet, daß derselbe während des Betriebes an einer Welle turnen wollte, dabei aber von der Transmision ergriffen wurde. Der Arm war zwischen der Transmision und der Decke festgeklebt.

Ein schweres Automobilunglück.

Ruppelheim, 1. Okt. Gestern Abend halb 8 Uhr ereignete sich auf der Straße zwischen hier und Rastatt ein schweres Automobilunglück. Es stießen zwei Automobile, von denen das eine unbeleuchtet war, zusammen. Der Chauffeur der unbeleuchteten Maschine wurde schwer verletzt. Sie erlitt einen Rückenbruch. Die beiden Verletzten wurden von Mitgliedern der Sanitätskolonne Rastatt in das dortige Krankenhaus gebracht. Der getötete Chauffeur des Automobilhändlers Pfäum in Rastatt ist Vater von fünf Kindern. Der Chauffeur, welcher das Automobil der Frau Baronin Dulong, gegenwärtig in Baden wohnhaft, fuhr, ist leicht verletzt. Ein Passagier namens Menner aus Straßburg wurde schwer verletzt. Die Frau des Steuererhebers Meyer in Sandweiler erlitt einen Rückenbruch, Steuererheber Meyer wurde gleichfalls verletzt. Architekt Degler in Rastatt, welcher von dem Unglück quersüchtig wurde, nachrichtigte sofort die Sanitätskolonne, ebenso die Ärzte Dr. Febr und Dr. Wertheimer, welche bald zur Stelle waren. Der Chauffeur Köhler lebte noch eine Viertelstunde. Seine letzten Worte waren: „Ich muß sterben“. Der lebensgefährlich verletzte Herr Menner aus Straßburg ist später an seinen Verletzungen gestorben.

Zu dem Unglück wird uns noch gemeldet: Der Führer des Badener Automobils wurde verhaftet und kann erst die Untersuchung ergeben, wer die Schuld an dem Unfall trägt. Die beiden Autos sind fest ineinandergefahren und total ruiniert. Vier Pferde waren nicht imstande, sie auseinanderzuziehen, so daß sie ins Feld gewälgt werden mußten, um den Weg freizubekommen.

Aus Freiburg.

Freiburg, 1. Okt. — Genossen, erscheint heute Abend in der Mitgliederversammlung in der „Stadt Belfort“. Wir machen die Genossen jetzt schon darauf aufmerksam, daß am nächsten Samstag Abend im „Löwenkeller“ und im „Saalbau“ Wählerversammlungen stattfinden. Es werden die Kandidaten Grumbach und Krüner sprechen.

Sonntagsplauderei.

Die Hochsaison der Wahlzeit. — Erregte Gemüter. — Der sozialdemokratische Arbeiter in den Wählerversammlungen. — Geistliche bei der Sozialdemokratie. — Man bleibt jetzt unter sich. — Die Wählerversammlungen auf dem Lande. — Die unangenehmen Wahlwachen für bürgerliche Abgeordnete. — Die Pöhlkandidaten. — Die Ernstezeit. Es ist Hochsaison, Hochsaison der Wahlzeit. Und in der Lat, das Blut fließt rother durch die Adern, hört man etwas vom Wählen. Man denkt an Wählerversammlungen, Wahlreden, Wahldebatten, an hitzige Wortgefechte, an erregte Gemüter. Man erwartet ein Aufeinanderplätzen der verschiedenen Meinungen, ein heißes Ringen um die strittigen Probleme der Parteien und Weltanschauungen. Die Versammlungen gewinnen an Interesse; sie sind auch nicht für ein bestimmtes Publikum einberufen. Der Kandidat wendet sich ja an die Wähler, die man in Bezug auf Beruf, Stand und Vermögensgröße nicht immer eng umgrenzen kann. Er muß darauf bedacht sein, daß möglichst viele Staatsbürger sein Wort hören, sein Programm kennen lernen, seine Kritik der gegnerischen Parteien verstehen. Und besonders die sozialdemokratische Partei, die den Begriff Öffentlichkeit am meisten spannt, ist für die Wählerversammlungen begeistert. Sie weiß, daß das Versammlungspublikum in der Wahlzeit ein anderes ist, daß es „nicht immer dieselben“ sind. In den zahlreichen Körperchaften der modernen Arbeiterbewegung werden bekanntlich die meisten Versammlungen abgehalten. Da ist die Partei, da sind es die Gewerkschaften, die Gesangs-, Turn-, Radfahrer- u. Vereine, die ihre Mitglieder alle 14 Tage oder 4 Wochen zusammenrufen, sie rekrutieren und informieren, um sie den Zielen zuführen zu können, die sich jede einzelne Korporation gesteckt hat. Einen anderen Charakter tragen die Wählerversammlungen. Sie sind von vornherein auf den Ton der Rede und

Für jede Versammlung ist außer dem Kandidaten noch ein weiterer Referent vorgesehen. Genossen, agitiert für einen starken Besuch!

Frauenorganisation. Am Sonntag, 3. Oktober, ist Mitgliederversammlung bei Wittner (Lwenstr. 8), abends halb 9 Uhr. Volkshilfliches Erscheinen ist dringend erforderlich, da eine Besprechung über die bevorstehende Landtagswahl notwendig ist.

Prozeß Ewental. In der heutigen Schöffengerichtsverhandlung wurden in dem gestern schon erwähnten Prozeß Ewental gegen Weit und Genossen alle Angeklagten freigesprochen. Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis für erbracht und billigte, soweit formale Beleidigung in Betracht kam, den Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Das Urteil wurde vom Publikum mit Händeklatschen und Bravorufen aufgenommen. (Ausführlicher Bericht folgt!)

Die Schwurgerichtsverhandlungen nehmen am 11. Oktober ihren Anfang.

Zur Landtagswahl. Der „Freiburger Bote“ teilt mit, daß die endgültige Kandidataufstellung am Montag in einer Vertrauensmännerberufung für Freiburg vorgenommen wird. Die Kandidatur Heißler sei noch nicht ganz sicher. Nach dem „Bote“ stellt das Zentrum in der Wiehre auch einen Kandidaten auf. Der „Bote“ meint, die Angst des „Volksfreundes“ und der „Dreisgauer Jg.“ vor der konservativen Kandidatur sei umsonst gewesen. Wir können ihm versichern, daß wir nicht die geringste Angst hatten, denn ob die Konservativen in der Wiehre für einen Zentrumsmann stimmen oder die Zentrumsleute für einen Konservativen, bleibt sich ganz gleich.

Stadttheater. Spielplan. Montag, 4. Oktober: „Tiefenland“, Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Aufzügen von Eugen d'Albert. Anfang halb 8 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Geschäftliches. Wir machen unsere Leser auf das in heutiger Nummer erscheinende Inserat des Genossen Wederle aufmerksamer und ersuchen wir namentlich die Frauen, davon Notiz zu nehmen.

Soziale Rundschau.

Daslach i. R., 30. Sept. Eine unangenehme Bescherung ist auf den 1. Oktober der hiesigen Einwohnerschaft seitens der Milchlieferanten zuteil geworden. In Nr. 114 der hiesigen „Schwarzwalder Volksstimme“ ist nämlich folgendes Inserat in Betreff zu lesen:

Bekanntmachung!

Laut Beschluß der Viehhesiger wird der Preis der Milch ab 1. Oktober auf 20 Pf. pro Liter festgesetzt.

Vom Schwarzwalde, 1. Okt. Der Geschäftsgang in der Kufenturhrensbranche hat jetzt wieder etwas angezogen. Es sind von amerikanischen Firmen ziemlich große Aufträge erteilt worden. Die Einkäufer sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Geschäfte im allgemeinen, wenn auch langsam, vielleicht sich bessern werden. Im großen ganzen ist von einer aufsteigenden Konjunktur aber noch wenig zu spüren.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 2. Okt.

Und in den Armen liegen sich Beide . . .

Es scheint das Schicksal der Mittelstandskandidaten zu sein, sich — im Bloß aufzulösen. Den Anfang hat Herr Neumeister, der Mittelstandskandidat der Weststadt, gemacht. Gestern Abend meldeten „Landeszeitung“ und „Presse“ fast gleichlautend:

Karlsruhe, 1. Okt. Herr Vaurat Neumeister hat gestern Abend dem Wahlkomitee der Mittelstandsvereinigung schriftlich den Rücktritt von seiner Kandidatur für die Weststadt angezeigt und diesen Schritt damit begründet, daß er sich davon überzeugt habe, seine Kandidatur solle nicht den Interessen des Mittelstandes, sondern jenen des Zentrums dienen. Dieser Entschluß des Herrn Vaurat Neumeister wird ihm sicherlich von vielen Kreisen zu Ehre angerechnet werden. Dem Vernehmen nach werden die anfänglichen Veranstalter der Kandidatur Neumeister nunmehr für die Kandidatur Fröhauß eintreten.

Gegenrede gestimmt. Man weiß, daß sie auch von jenen Leuten besucht werden, die sich mit den politischen Anschauungen des Kandidaten der betreffenden Partei nicht identifizieren. Da erwartet denn der sozialdemokratische Versammlungsbesucher, daß es „interessant“ wird, daß Diskussion erfolgt, daß die sozialdemokratische Idee im Kampfe der Weiser den Sieg davonträgt. Tritt dies ein, freut er sich dessen und erhofft von solchem Ausgang einen Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen.

Nun ist allerdings festzustellen, daß in den letzten Jahren die „interessanten“ Wählerversammlungen seltener geworden sind; seltener wie im letzten halben Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts. Besonders um die Zeit von 1895—1900 sah man häufig die Geistlichen in sozialdemokratischen Versammlungen; sie glaubten noch, die sozialdemokratisch geborenen Arbeiter seien nur Fregeleitete, die man unter Verufung auf himmlische und irdische Autorität leicht wieder in die geschlossene Front der braven Hilfstruppen der bürgerlichen Parteien einreihen könnte. Die Meinung war trügerisch, immerhin hatten viele dieser Versammlungen das Interesse für die beiderseitige Weltanschauung gefördert.

In den gegenwärtigen Wählkämpfen bleibt fast jede Partei für sich, und wenn dies nicht der Fall ist, kommt es gleichwohl nur vereinzelt zu größeren Auseinandersetzungen um die Prinzipien- und Lebensfragen der Parteien. Die gegenseitige Geizigkeit ist oft zu weit gebieter, als daß solche öffentliche Auseinandersetzungen einen schiedlich-friedlichen Ausgang nähmen. Das mag man bedauern, zu ändern ist daran vorläufig nichts. In den Städten verhindert zudem die starke gesellschaftliche Scherung und die politische Abgeschlossenheit der einzelnen Parteien den freien Wettbewerb in den Wählerversammlungen. In Sachen hat man schon bei der Wahl in Stollberg-Schneberg und neuerdings für die ganze Zeit der sächsischen Landtagswahlen seitens der sozialdemokratischen Partei proklamiert, die Versammlungen der Gegner zu meiden. In der industriellen Hochburg Sachsen mit seiner zahlreichen Arbeiterschaft gibt die Befolgung dieses Beschlusses den gegnerischen Versammlungen sofort ein anderes Gepräge. Jedenfalls sind die sächsischen Konservativen und Liberalen trotz aller Schroffheit der politischen Gegensätze von der sozialdemokratischen Versammlungsabstinenz nicht entzückt. —

Es herrscht also im Bloß der Weststadt eitel Freude über die rechtzeitige Wiederkehr der verlorenen Schäflein. Man tritt jetzt gleich auch für die Kandidatur Fröhauß ein. Was will man mehr. Hoffnungsfreudig fügt die „Landeszeitung“ der obigen Meldung an: Es leben die folgenden Mittelständler! Man laßt sie ein, es Herrn Neumeister gleich zu tun. Ob das geschieht, bleibt natürlich abzuwarten.

Die Niederlegung der Kandidatur Neumeister hat auch eine heitere Seite. Das Zentrum muß sich nun in der Weststadt auf die Kandidatensuche begeben. Die „bewährten Männer des Mittelstandes“ verzichten auf Zentrums-hilfe. So bereitet sich dann allmählich Wahlfähigkeit vor. Die sozialdem. Wähler der Weststadt müssen um so eifriger für die Kandidatur Willi wirken, nachdem nunmehr Herr Fröhauß der Erforene des gesamten Bloßes und des Mittelstandes ist. Noch immer hat die Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien unsern Eifer verdoppelt. Auch in Karlsruhe muß das der Fall sein.

Achtung, Wähler Mühlburgs und der Weststadt.

Am Montag, 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Sirsch“ in Mühlburg große Wählerversammlung statt. Referenten sind Abgeordneter Ad. Ged und Landtagskandidat Ab. Willi.

Im 43. Landtagswahlkreis hatten die bisher abgehaltenen Versammlungen stets guten Besuch aufzuweisen. Auch am Montag darfs nicht fehlen. Die Versammlung soll den Wählern Mühlburgs Gelegenheit geben, das politische und wirtschaftliche Programm des sozialdem. Landtagskandidaten Willi kennen zu lernen. Vorher wird Abg. Ged die Situation der Sozialdemokratie im jetzigen Wahlkampf klarlegen. Also, Wähler Mühlburgs und der Weststadt: Am Montag Abend auf in den „Sirsch“!

Die Wähler der Südstadt

werden eingeladen, sich am Montag Abend in der Bezirksversammlung des Südstadt-Wahlkreises zahlreich einzufinden. Die Versammlung findet in der „Einigkeit“, Ecke Wilhelm- und Luisestraße, statt. Die Südstadt-Wähler sind bisher nicht mit Versammlungen überhäuft worden. Es wird daher erwartet, daß die Räume der „Einigkeit“ am Montag Abend gefüllt sind.

Warum das Zentrum die Mittelständler wählt.

Der „Beobachter“ müht sich fast täglich um den Nachweis ab, warum die neue Partei, Mittelstandsvereinigung genannt, vom Zentrum unterstützt wird. Ein neues, wenn auch kein glückliches Argument bringt er gestern bei. Er schreibt:

... Nun denn: so wählen auch wir Mittelstandskandidaten, weil wir dafür halten, daß die Kandidaten sehr wohl mindestens dieselbe positive Arbeit im Parlament leisten können, wie ihre sozialdemokratischen und liberalen Gegenkandidaten. Im Gegenteil: wir haben die Überzeugung, daß die Mittelstandskandidaten in Bezug auf positive Arbeit den bisherigen Abgeordneten der Stadt Karlsruhe (den Sozialdemokraten Frank und Kolb und dem Freisinnigen Fröhauß) vorzuziehen seien; daß wir für den Kandidaten Rebmann eine besondere Sympathie haben sollten, verlangt Herr Rebmann selbst nicht.

Da haben wir's! Was die Dr. Frank und Kolb im badischen Landtag geleistet haben, ist keinen Pfifferling wert. Da müssen schon „Politiker“ kommen, wie der Buchdruckereibesitzer F a a h und der Revisor Trautmann, und der Sozialdemokratie vormachen, was positive Arbeitsleistung im Parlament ist. Sie sind ja den Genossen Dr. Frank und Kolb im Ost- und Südstadtbezirk gegenübergestellt; das Zentralorgan der badischen Zentrums-partei attestiert ihnen schon vor der Wahl, was sie für tüchtige Kerle seien. Nun kann der Tanz beginnen.

Man fragt sich wirklich, wie ein ernsthaftes politisches Blatt, wie der „Beobachter“, solchen Mist zusammen-schreiben kann. Wir haben nicht nötig, im einzelnen die Verdienste der Abgeordneten Dr. Frank und Kolb, die sie sich durch ihre intensive, geschickte und erfolgreiche Arbeit im

Aber kehren wir zum badischen Wahlkampf zurück. Da ist der Verlauf der Versammlungen auf dem Lande doch oft ein anderer, wie in den Städten. Das eintönige Leben, die geringe Abwechslung zwischen Arbeit und Erholung in den Dorfgemeinden lassen jede Versammlung einer politischen Partei als ein Ereignis erscheinen. Man geht hin, um sich den Redner anzusehen und anzuhören. Allerdings hat das Zentrum auch auf dem Lande, wo es die Herrschaft hat, daraufhin gearbeitet, daß seine Anhänger die Versammlungen der anderen Parteien nicht besuchen. Sonst aber findet man den Landbewohner regelmäßig in den Versammlungen, wie den Städter. Er hört ruhiger und aufmerksamer zu, wie der letztere, weil das gepredigte Wort seltener an sein Ohr dringt. Seine Neigung zur Beteiligung an der Diskussion ist gering entwickelt, er läßt das gern „den Städtern ausmachen“. Nur in Bezug auf landwirtschaftliche Fragen steht er ihnen mißtrauisch gegenüber, weil sie nach seiner Ansicht nichts davon verstehen. Auch weiß er es sehr wohl einzuschätzen, ob man nur während der Wahlzeit aufs Land kommt, oder sich auch sonst um seine Angelegenheiten bekümmert. —

Am unangenehmsten sind die Wahlwachen jenen bürgerlichen Abgeordneten — die Kampfesnaturen unter ihnen ausgeschlossen —, die in den Wählerversammlungen wenig und im Parlament noch weniger zu sagen haben. Einen von ihnen hörte ich jüngst in einer Wählerversammlung şöhen: „Wäre nur erst der 21. Oktober da! 's Mandatle war' ganz schön, aber bis mer's halt kriegt!“ Der brave Mann mag recht haben. Aber erst die Wählkandidaten? Sie sind nicht zu beneiden, da sie ohne Aussicht auf die Erlangung eines Mandats sich in den mühevollen Wahlkampf mit allen seinen Begleiterscheinungen stürzen müssen. Höchstens werden sie durch den Zuwachs der Stimmen für die vertretene Partei moralisch entschädigt. Tritt aber Stimmenrückgang ein, ist der Kandidat daran schuld, „der nichts getaugt hat“.

Für die Sozialdemokratie bedeutet die Wahlzeit die Ernstezeit. Was sie in jahrelanger, zäher Kleinarbeit geschaffen, an fruchtbringenden Ideen ausgetreut, jetzt reißt die Saat. Das Wählen lehrt denken, und dem Gedanken folgt die Tat — der sozialdemokratische Stimmzettel. Es lebe die Wahlzeit!

